

Globethics Repository

The logo consists of the word "Globethics" in white, sans-serif font, centered within a solid blue rectangular background.

Die Internationale Sozialpolitik und der Weltsozialgipfel 1995

This page was generated automatically upon download from the Globethics Repository.
More information on Globethics see <https://www.globethics.net>. Data and content policy
of Globethics Repository see <https://repository.globethics.net/pages/policy>.

Item Type	Book
Authors	Peter, Hans-Balz
Publisher	Institut für Sozialethik des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes (ISE)
Rights	With permission of the license/copyright holder
Download date	2026-09-04 10:37:51
Link to Item	http://hdl.handle.net/20.500.12424/183079

Hans-Balz Peter

Die internationale Sozialpolitik und der Weltsozialgipfel 1995

Sozialethische Perspektive der Kirchen



Institut für Sozialethik des SEK
Institut d'éthique sociale de la FEPS

ISSN 1420-097X

ISE-TEXTE 1/95

ISE-Texte 1995, Nr. 1:

**Die internationale Sozialpolitik
und der Weltsozialgipfel 1995**
Sozialethische Perspektiven der Kirchen

Hans-Balz Peter

ISE-Text 1/95

Institut für Sozialethik des SEK
Sulgenauweg 26
3007 Bern

Telefon (031) 370 25 50
Fax (031) 370 25 59

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	4
2. Der eigene Standort: Wer sind wir als Kirche?	5
3. Was kann Sozialethik leisten?	6
3.1 Ethik und Moral	7
3.2 Drei Modelle von Ethik und Wirtschaft / Politik / Gesellschaft / Medien	9
3.3 Kriterien ethischer Orientierung	12
4. Blick auf den Weltsozialgipfel	14
4.1 Die Erklärung.....	14
4.2 Das Aktionsprogramm	15
5. Folgerungen für ein Engagement der Kirchen	16

DIE INTERNATIONALE SOZIALPOLITIK UND DER WELTSOZIALGIPFEL 1995 – SOZIALETHISCHE PERSPEKTIVE DER KIRCHEN

Hans-Balz Peter¹

1. Einleitung

Weltsozialgipfel - dies ist gar nicht der richtige Name für die bevorstehende UN-Konferenz in Kopenhagen; sondern ein wohl symptomatisches multikomponentes Kunstwort und eine inhaltlich verkürzende Formel für den "Weltgipfel für soziale Entwicklung", einer Konferenz, bei der auf Veranlassung der UNO-Generalversammlung im März dieses Jahres die Staats- und Regierungschefs der ganzen Welt "zum ersten Mal in der Geschichte", wie es im Erklärungsentwurf zum Gipfel heißt, der sozialen Entwicklung und dem menschlichen Wohlergehen die höchste Priorität geben wollen.

Die komplexe Zielbestimmung läßt deutlich werden, daß diesem Gipfeltreffen ein klarer Gegenstand, über den sich trefflich streiten ließe, gerade fehlt: Es geht nicht um das Programm einer Institution oder Organisation wie die IAO oder die Weltbank; es geht nicht um ein abgrenzbares Tätigkeitsfeld wie den Welthandel oder die Entwicklungsfinanzierung. Sondern es geht gewissermaßen um ein integratives „Quer-Thema“, „un problème de la transversale“, wie unsere französisch-schweizerischen Kollegen sagen. Und das macht einen großen Teil der Schwierigkeit mit der "Einstellung" auf diese Konferenz hin aus.

Zwar entspricht ein solcher holistischer Ansatz nicht nur einer epistemologischen Mode, sondern offenbar einem rationalen politischen, nicht zuletzt entwicklungspolitischen Bedürfnis, zwischen all den abgeschotteten thematischen oder institutionellen Mono-Zuständigkeiten zu vernetzen, vernetztes Denken oder eben die Transversale zu fördern; denn es geht in der Tat darum, „das Ganze“ der menschlichen, d.h. der sozialen Entwicklung ins Auge zu fassen. So verheißungsvoll eine solch komplexe Materie als Konferenzgegenstand ist, so schwierig ist gleichzeitig ein solches Unterfangen, wie dies die Weltkonferenz über Umwelt und Entwicklung 1992 demonstriert hat. Lag aber dort eine eindeutige zweiseitige dialektische Beziehung im Vordergrund, so wird in Kopenhagen der Blick aufs Ganze mindestens teilweise zum Preise des Verlustes klar identifizierbarer Bezugspunkte, konkreter Handlungsfelder und motivierender Prioritäten erkaufte werden müssen.

Die Lektüre der vorbereiteten Konferenzdokumente vermittelt mir den Eindruck der Überfülle, ja einer mit jedem Vorbereitungsschritt noch höher aufgebauten Komplexität, die kaum mehr bewältigbar scheint - gleichzeitig werden von den Staaten, Regierungen und Verwaltungen „Tausend“ verschiedene, alle ebenso wichtige Aktionen, Reflexionen und Maßnahmen gefördert. Dabei sind politische und Sachaussagen semantisch überhöht durch eine für diplomatische Texte und UN-Deklarationen eher ungewohnte, mo-

¹ Referat im Rahmen der Tagung „Weltsozialgipfel 1995: Gute Nachricht für die Armen?“, gemeinsam veranstaltet von der Kammer für Kirchlichen Entwicklungsdienst der Evangelischen Kirche in Deutschland (Präsident: Prof. Dr. Lothar Brock) und der Wissenschaftlichen Arbeitsgruppe für weltkirchliche Aufgaben der Deutschen Bischofskonferenz (Präsident: Prof. D.Dr. Franz Furger) am 10. Januar 1995 in Bonn.

ralbetonte Sprache. Sie erinnert stellenweise mehr an den vertrauten Duktus von Konferenz-Dokumenten aus dem kirchlich-ökumenischen Kontext. Viel ist von „Werten“ und „Zielen“, von guten Absichten und von „Verpflichtungen“ der Regierungen, ja von „Visionen“ und - nicht zuletzt - von „Spiritualität“ die Rede. Fast meint man, man könne sich über diese neue Orientierung freuen; allein, gewichtige Worte sind oft so unverbindlich gesetzt - wessen Werte?; wie verbindlich die Ziele?; wem dienen die Verpflichtungen, und wer löst sie ein?; auf wen ist die Spiritualität gerichtet? - daß ich als reformierter Sozialethiker, damit notwendig auch ein Kritiker einer plakativen und appellativen Moral, immer skeptischer werde.

Ich habe für meine Ausführungen folgende Schritte vor:

- (1) nach der kurzen Einleitung
- (2) möchte ich zuerst die Frage stellen, woher wir denn die Sache beurteilen wollen: die Frage nach dem eigenen (kirchlichen) Standort ;
- (3) dann folgt eine Reflexion: was kann Sozialethik hier leisten? , bevor wir
- (4) einen inhaltlichen und würdigenden Blick auf die Entwürfe der Deklaration und des Aktionsprogramms des Weltgipfels werfen, um schließlich
- (5) einige Folgerungen und konkrete Postulate formulieren zu können.

2. Der eigene Standort: Wer sind wir als Kirche?

Bevor wir Forderungen an irgendwen erheben, will ich kurz innehalten im entwicklungspolitischen und sozialetischen Diskurs und uns - vor allem die sog. „Kirchenvertreter“ (eigentlich ein furchtbares, „ekklesia“ verkürzendes Wort - meint es doch im allgemeinen nur die „Profis“ unter denen, die sich zur Kirche zählen) - fragen: Wer sind wir, wen vertreten wir?

Jüngste religionssoziologische Untersuchungen sprechen mit Bezug auf diese Frage eine ernüchternde Sprache; dies gilt für die römisch-katholische und die protestantische Form des Christentums, sowohl in der Bundesrepublik wie in der Schweiz. Hier wurde vor einem guten Jahr die interkonfessionell angelegte religionssoziologische Studie mit dem Titel „Jede(r) ein Sonderfall“ publiziert; analoge Befunde liegen für Deutschland aus einer Untersuchung der EKD vor. Beide Untersuchungen zeigen: Trotz nach wie vor hohem Mitgliedschafts-Anteil beider Grosskirchen im Bezug auf die jeweilige Gesamtbevölkerung (zusammen über 90%) spielen die Kirchen nur noch für eine Minderheit eine wichtige Rolle im Leben der Menschen. Und zwar gilt diese Aussage auch für die im engeren Sinn religiöse Dimension der menschlichen Existenz. In der „Komposition“ von Religion - unspezifisch als Glauben an eine über bzw. außer dem Menschen stehende Instanz beschrieben - scheint vor jeder kirchlich tradierten und reflektierten Lehre und vor schlüssiger Systematik das eigene „Patchwork“, der selbst zusammengebastelte Mix, Vorrang zu haben. Entsprechend hält die Mehrheit zwar nach wie vor die Existenz der Kirchen für wichtig und für erhaltenswert - aber wichtig nicht fürs eigene Leben. Kaum jemand gibt an, er lasse sich in seiner Werte-Orientierung von ihr beeinflussen, noch wird ihr ein wirksamer Einfluß in der politischen und wirtschaftlichen Öffentlichkeit zugeschrieben - noch mißt man ihr die Funktion des „Salzes im Teig“ oder des gesellschaftlichen „Wächteramtes“ in den (immer mehr als autopoietisch, sich selbst regulierend verstandenen) Bereichen von Politik und Wirt-

schaft zu. Insgesamt wird der Kirche weder „normative Kraft“ zugesprochen noch mehrheitlich von ihr erwartet.

Am ehesten wird Kirche respektiert, wo sie Theorie und Praxis leicht sichtbar zu verbinden vermag: in der konkreten Diakonie für die Schwachen unserer Gesellschaft und in der praktischen Entwicklungszusammenarbeit; denn hier findet gewissermaßen ihr Tatbeweis für die Lehre von der Solidarität Gottes und der Menschen statt, die sie - manchmal nicht mehr laut, sondern mehr auf sich und die eigenen engeren Kreise selbst bezogen - öffentlich vertritt.

Nur zwei Gruppen von Menschen unterscheiden sich hinsichtlich der Einschätzung der Funktion von Kirche deutlich vom beschriebenen Durchschnitt der Bevölkerung: Einerseits die eng (und meistens traditionell) kirchlich Engagierten (rund 7%, die Angehörigen der 'Kerngemeinde'), andererseits eben die kirchlichen Profis: die Pfarrer, kirchlichen und diakonischen Mitarbeiter/Innen. Sie scheinen sich gegenseitig - da in enger Verbindung stehend - in ihrer Binnenperspektive und in der Wahrnehmung der Wichtigkeit der Kirche zu bestärken. Sie müßten sich wohl - ohne Resignation, aber der nüchternen Sichtweise wegen - mit der sozialen Wirklichkeit, wie sie von der Aussenperspektive wahrgenommen wird, auseinandersetzen.

Ich berichte über diese Studien keineswegs in sarkastischer Absicht, sondern um der Bescheidenheit willen, mit der sich, entsprechend der schmal gewordenen soziologischen Basis, die Kirchenvertreter am öffentlichen, politischen und entwicklungspolitischen Dialog beteiligen können und sollen. Nirgendwo ist mehr die fraglose Basis für kräftige gesellschaftspolitische Interventionen. Ihre Legitimation für soziale Aktionen in den Bereichen Wirtschaft und Politik beziehen die Kirchen und ihre Botschafter jedenfalls nicht mehr aus einem Status breiter sozialer Anerkennung - sondern nur noch aus ihrem über-gesellschaftlichen Auftrag und ihrer evangelischen Verpflichtung, die aber nur kraft der Argumente und der eigenen existentiellen Glaubwürdigkeit noch Geltung erlangen können. Diese guten Gründe zur Bescheidenheit - die sich aus dem Evangelium als Grundlage ergibt und aus dem labilen sozialen Status - mahnen eher zu einem fragenden, suchenden Dialog an als zu macht-simulierenden Besserwissen-, Lehren- und Anleitenwollen.

3. Was kann Sozialethik leisten?

Gerade in Zeiten der Orientierungskrise, der Unsicherheiten, werden an die Ethik hohe Erwartungen gestellt. Manchmal kann zwar das Gefühl aufkommen, der Ruf nach Ethik entspreche einem Modetrend; kaum ein Tag, ohne daß in den Zeitungen von der Politik, der Wirtschaft, dem Alltag mehr Ethik reklamiert wird; die Antwort bleibt nicht aus - immer häufiger, so scheint mir, pflegen Politiker und andere Debatter ihre Ziele und Interessen mit dem Argument „Ethik“ zu schönen. Dies kontrastiert eigentlich zu einem Lebensgefühl und einer gesellschaftlichen Lebenspraxis, in der die Autonomie, die Individualität (die leicht in Beliebigkeit umschlagen kann), die Selbstverantwortung und Selbstverwirklichung, die Eigenständigkeit in einer offenen Zivilgesellschaft groß geschrieben werden. Die Distanzierung der Menschen vom moralischen Führungsanspruch (oder von der Erinnerung daran) der Kirchen korrespondiert mit dieser allgemein-gesellschaftlichen Lage.

Zumal kirchliche Ethik - und die Sozialethik, die sich auf sittlicher Grundlage um die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Struktur- und Institutionsfragen kümmert - haben

also einen weiteren Grund zur Bescheidung: Die Zeit einer autoritären Ethik scheint endgültig vorbei; die Ethik hat Ethik für mündig sein wollende Menschen in einer im Prinzip auf Partizipation angelegten Gesellschaft zu sein. Der Weg der Ethik ist deshalb das Fragen und Suchen statt jener der Weisung, Anleitung und Lehre. Fragen und Suchen, argumentative Auseinandersetzung - dies mag zwar nicht der kirchlichen Ethiktradition aller Zeiten zu entsprechen, aber es scheint mir dennoch der Modus der Behandlung ethischer Grundfragen in den Evangelien, ja auch in den Ermahnungen des Apostels Paulus zu sein, wenn sie als partnerschaftliche Ermahnungen und Aufforderung zur Erinnerung verstanden werden.

Zentrale sittliche Grundpositionen, Werte und Normen, welche die Kirche aus dem Schatz der kirchlichen und der Menschheitserfahrung, aus philosophischen und theologischen Überlegungen einschließlich der jeweiligen Geschichte schöpft, ist immer wieder im ethischen Diskurs lebendig zu machen, ist einzubringen in aktuelle Auseinandersetzungen und kann dort nur auf dem Wege aktiver Aneignung wirksam werden; nicht per Deklamation oder Dekret. Als **Grundpositionen**, Werte und Normen können hier bezeichnet werden:

- Grundlage und Voraussetzung jeder ethischen Reflexion muß der **sittliche Grundentscheid** sein, sich überhaupt ethisch orientieren zu wollen und das Handeln/Verhalten tatsächlich nach den Ergebnissen der ethischen Einsicht auszurichten;
- Der **Mensch** ist als Geschöpf und als **Mitgeschöpf** zu begreifen, als individuelles und gleichzeitig soziales Wesen, das auf Freiheit angelegt ist, die erst Raum für Verantwortung schafft;
- **Leitnormen** für die reflexive Suche nach Konkretisierung entsprechen den aus der geschichtlicher Debatte bekannten Werten Freiheit, Verantwortung; Gerechtigkeit, Partizipation und Entwicklung (vgl. unten, 3.3).

3.1 Ethik und Moral

Oft werden an die Ethik ganz bestimmte Erwartungen gestellt (oder Befürchtungen geäußert). Mal möchte man einfach Rechtfertigung dessen, was man ohnehin tut; mal erhofft man sich von ihr entschiedene, alle Ungewißheit klärende, prophetische Wegleitung. Mal fürchtet man Bevormundung, realitätsferne Zumutung. Was meint, was will, was können Ethik und Moral?

Obwohl, wie eben angemerkt, Ethik und Moral heutzutage in fast aller Munde sind, ist ihre Bedeutung nicht immer klar. In der Alltagssprache sind Ethik, Moral, Sitte, Ethos oftmals unreflektiert, praktisch synonym benutzte Begriffe. Genährt wird die Unschärfe zusätzlich vom US-amerikanischen Sprachgebrauch her, der in unseren Medien undifferenziert Niederschlag findet; hier werden ursprüngliche Wortbedeutungen wenig beachtet. „Ethik“ wird dann häufig etwas, was man „haben“ kann, ja haben sollte; so kann sich z.B. jede Unternehmung eine - ihre - Ethik zulegen. Es lohnt sich, die wichtigsten Begriffe als Instrumente eines argumentativen ethischen Suchprozesses kurz zu klären; in der Disziplin Ethik hat sich praktisch eine Konvention durchgesetzt, die bei den griechischen Begriffen ansetzt.

Ethos bedeutet den Ort des gewohnten Lebens; Wohnung - Gewöhnung; 'Stall', wo man installiert ist - Sitte, was man tun soll'. Von daher ist Ethos zum Inbegriff der gelebten Sittlichkeit, der Gesamtheit der in Geltung stehenden Werte und Normen, der

sittliche Lebensentwurf geworden, und zwar einer Person, einer Kultur, einer Gesellschaft, die sich mit diesem sittlichen Gesamt bekenntnismässig verbindet.

Ethik ist sowohl die wissenschaftliche (philosophische oder theologische) Disziplin, die sich systematisch mit Ethos befaßt, als auch die Reflexion der einzelnen Menschen und der Gesellschaft, die auf die sittliche Orientierung der Regeln und Kriterien praktischen Handelns hin zielt. Ethik ist somit Reflexion über Ethos (oder Moral) auf neues Ethos hin - mit dem Ziel der Bestimmung des sittlich guten, verantwortlichen, gerechten Handelns. Damit ist Ethik nicht nur - wie die übrigen Wissenschaften - deskriptiv, sondern fragend normativ: auf kritisch argumentative Begründung der Zielrichtung künftigen Handelns ausgerichtet.

Wenn unter Ethik das Prozesshafte verstanden wird, das Fragen und Reflektieren auf sittliche Handlungsorientierung hin, so zielt sie gerade nicht notwendig auf das, was moralisch schon gilt und anerkannt ist. Moral schließlich ist quasi der empirische Niederschlag (früherer) ethischer Reflexion, in gesellschaftlichen und individuellen Werten und Normen „geronnene“ Ethik. Moral und Ethik können deshalb in Konflikt kommen - ja Ethik ist Moralkritik: denn Ethik fragt über die gängige Moral hinaus nach ihrem Geltungsgrund, nach ihrer Angemessenheit in neuen Situationen. Ethik ist auf den Plan gerufen, wenn herkömmliche Moral im gesellschaftlichen, technologischen und politischen Wandel keine hinreichende Lebensorientierung mehr zu vermitteln vermag; Ethik ist somit auch Krisenerscheinung und gerade dann gefordert, wenn die bekannten Antworten auf sittliche Fragen nicht helfen.

Zwei Kennzeichen der Ethik seien noch hervorgehoben:

- Ihr geht es nicht um das Ziel der Erkenntnis wie den „Wissenschaften“, sondern um das Erkennen und Realisieren des sittlichen Handelns, um die Zielrichtung des Handelns und die Zielerreichung - mithin auch um ihren „Erfolg“! Eine Ethik der Normen und Prinzipien ohne Bezug zu Realität und ohne Einfluß auf das konkrete Handeln und Verhalten hat deshalb ihre Aufgabe noch nicht erfüllt. Erst im Vollzug des Handelns, im tätigen Sich-Bemühen können die sittliche Erkenntnis und Verbindlichkeit - der Inbegriff der Bindungen, denen sich Menschen in freier Verantwortung gegenüber anderen Menschen unterstellen - gewonnen werden. Ethik ist also nicht „abstrakte Kunst“, einer übermenschlichen Ideenwelt verpflichtet; nur wer sie so versteht, kann sie mit der weltmännischen Geste des überlegenen Pragmatikers als „welt - und lebensfremd“ belächeln. Ethik ist von ihrem Geltungsanspruch her vielmehr konsequent praxis- und handlungsorientiert: Ihre Aufgabe, ihr Sinn ist es gerade, das Normative, das absolut Verbindliche, die abstrakte Geltung mit der Lebenspraxis, dem Faktischen, reflexiv zusammenzubringen (Kompromiß) zu relativ geltenden Handlungsorientierungen.
- Ethik hat einerseits im Wesentlichen das (amoralische) Gut des anderen, der anderen im Blick - ihr geht es nicht bzw. (wie dies im Doppelgebot der Liebe zum Ausdruck kommt) nie allein um das eigene Wohl und Gut; aber Ethik ist Reflexion primär auf mein eigenes, unser eigenes Handeln - und nicht Besserwissen darüber, was andere tun sollen. Ethische Reflexion ist somit von Selbstverpflichtung zugunsten anderer nicht zu trennen.

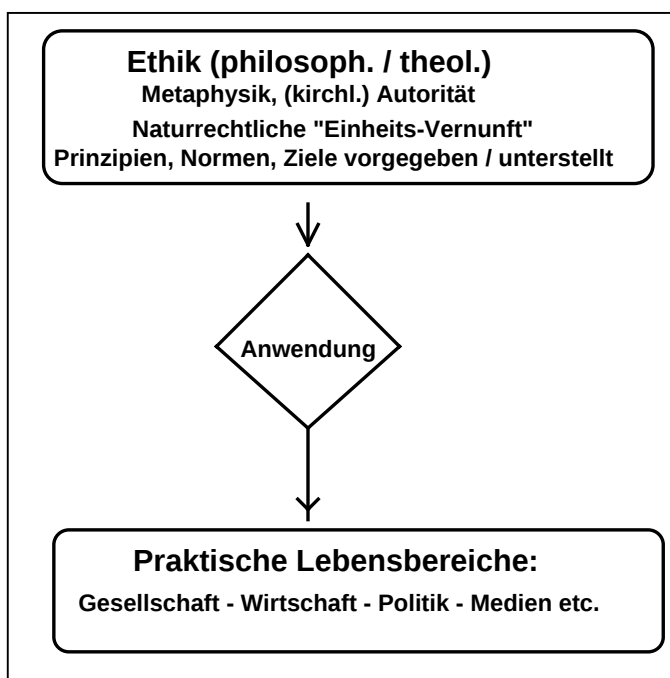
3.2 Drei Modelle von Ethik und Wirtschaft / Politik / Gesellschaft / Medien

Wie einleitend bemerkt, denke ich, daß zeitgenössische Ethik, und zwar nicht nur im protestantischen Raum, nicht mehr „direktive“ oder „autoritäre“ Ethik sein könne; damit sind auch die Ethiker nicht mehr - falls sie es je waren - jene, die kommen und sagen können, „wo's lang gehen“ soll. Allzuoft hat das Anliegen der Ethik gerade darunter zu leiden, daß sie, nicht zuletzt bedingt aus der Geschichte der Kirchen, ihr traditionelles Bild einer priesterlich-hierarchischen Ethik nicht loswerden und nicht zu ihrer redlichen, suchenden und fragenden, offenen Form finden kann, die sie wohl von Anfang an hatte.

Um das mir heute sinnvoll und möglich erscheinende Vorgehen der ethischen Argumentation zu verdeutlichen, will ich in aller Kürze drei „Modelle“ der Ethik unterscheiden.

(1) Traditionell: Dominanz-Modell

Dominanz-Modell: Ethik den Lebensbereichen übergeordnet



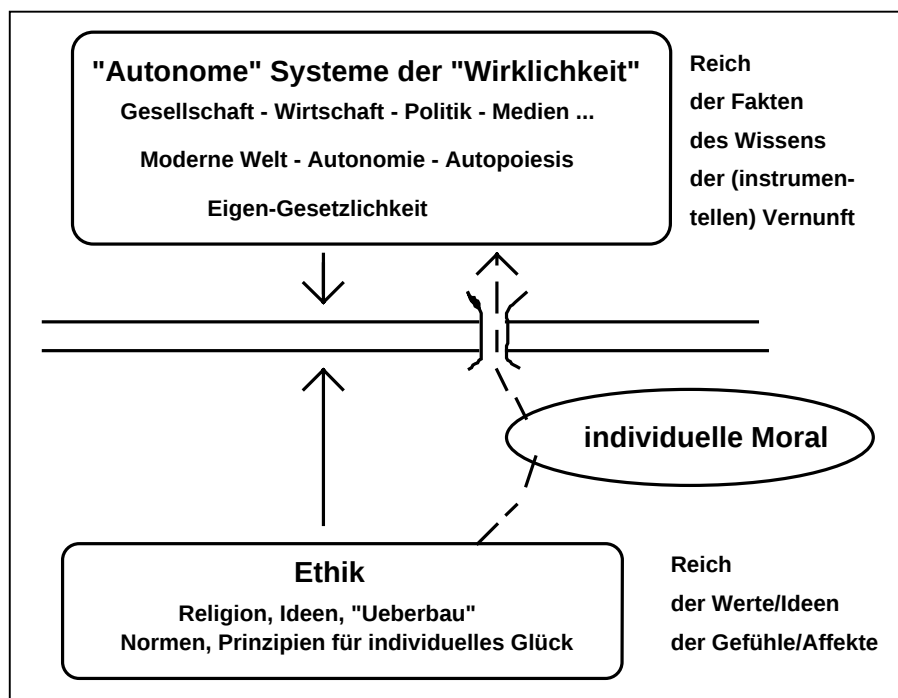
© HBP/ISE

Ein Einbahn-Muster sozialetischer Urteilsbildung - oder, im Individualbereich: der Gewissensbildung - , wie es in Modell 1 veranschaulicht ist, entspricht keineswegs mehr dem Selbstverständnis des modernen, des postmodernen Menschen; hier zählt Mündigkeit, gilt es, Freiheit anzuerkennen und zu schützen, die allein Ort und Bedingung von Verantwortung sein kann.

(2) "Aufklärung": Trennung / Subordination („2 Welten“)

Das populär-aufklärerische Gegenmodell entspricht aber ebensowenig der seit Jahrhunderten, nicht erst und nicht nur in der jüdisch-christlichen Tradition und in der Philosophie seit Platon und Aristoteles erkannten Aufgabe der Sittlichkeit, der sittlichen Orientierung über alle Sachlichkeit hinaus. Im zweiten Modell wird gewissermaßen das moralische Kind mit dem Bade der Bevormundung ausgeschüttet. Christliche Ethik, welche die Zusprache zum Menschen und seine Inanspruchnahme mit dem Ganzen seines Lebens in ihrer Glaubensgrundlage bezeugt, könnte sich mit einer totalen Abschottung einzelner Lebensbereiche, einer Preisgabe des Wirtschaftlichen an die keiner Verantwortung zugänglichen „Gebote des Marktes“ oder „Gesetzen der Politik“, nie zufrieden geben.

2-Welten-Modell: Ethik der Faktizität untergeordnet



© HBP/ISE

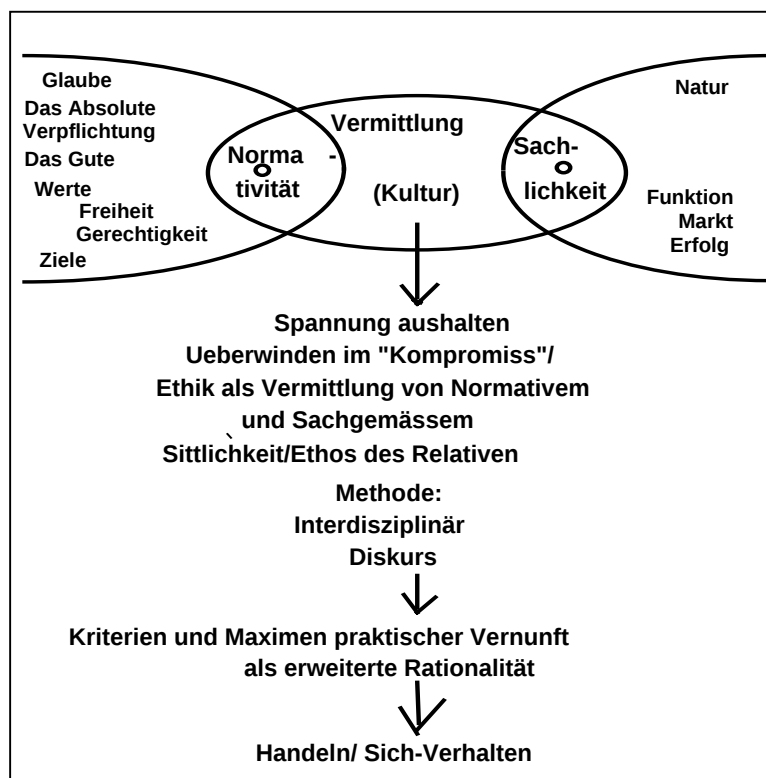
Zeitgenössische Ethik versteht sich nicht als moralische Besserwisserei, sondern als methodisches Fragen, als systematische Suche nach Kriterien ethischer Urteilsfindung und nach Konkretisierungen in Form von gleichzeitig normativen und deskriptiven, also Geltungsansprüche konkretisierende und Sachlichkeit respektierende Maximen oder Handlungsorientierungen.

(3) Gegenseitiger Bezug von Normativität und Sachlichkeit: Eine spannungs-volle Welt

Zu unterscheiden sind dabei die verschiedenen Arten von Normativität bzw. Geltung, und zwar auf mindestens drei Ebenen:

- Die erste Ebene der Normativität zielt auf den persönlichen, letztlich bekenntnishaft einzunehmenden, wenn auch argumentativ immer wieder zu bestätigenden **moralischen Standort**: die Grundentscheidung, sich sittlich orientieren und entsprechend seiner ethischen Einsicht handeln zu wollen; ohne diese **normative Grundentscheidung** kann gar nie ein echter ethischer Diskurs zustande kommen;

Relations-Modell integrativer Ethik



© HBP/ISE

Für Christen - und mithin für Kirchen als ihrer Gemeinschaft - steht in ihrer Existenz in der Ansprache und Ver-Antwortung Gottes außer Frage, daß sie sich den ethischen Geltungsansprüchen stellen - im Wissen um die Möglichkeit des Scheiterns, aber auch um das Scheitern-Dürfen. Leitlinie dabei ist vom Evangelium her, sich für die Belange der sozial Schwachen und Armen einzusetzen.

- Bei der zweiten Ebene der Normativität geht es um die **Grundorientierung der sittlichen Existenz**, die immer dadurch gekennzeichnet ist, daß sie die eigene Interessenlage transzendiert zum anderen hin, zum Nächsten, zur Gemeinschaft, letztlich - da kein sittlicher Grund auszumachen ist, nicht alle Menschen grundsätzlich gleich zu werten, als Zwecke an sich und nicht als bloße Mittel, anzuerkennen und entsprechend die **Kriterien** ethischer Orientierung - gewissermaßen die **Ziel-Normen** universal geltend zu denken und deren Geltung

noch nicht durch praktisch-empirische Verwirklichungsgrenzen zu relativieren. Es geht um die Frage: Welche Gesellschaft wollen wir bzw. wollen wir sein?

- Die dritte normative Ebene ist die **Vermittlung** der normativen **Geltung** von Kriterien und Zielen mit der **Faktizität** des Handlungsbereiches (Politik, Wirtschaft) durch Konkretisierung für eine bestimmte Situation der Gesellschaft. Das Ergebnis sind situationsbezogene, **relative Handlungsorientierungen (Maximen; Postulate)**, die offen sind für sachliche wie normative Verbesserungen. Um normativ-deskriptive Merkmale dieser Art, dieses Grades von Normativität, handelt es sich in aller Regel, wenn quasi-ideologischer Streit über Postulate von Ethikern, kirchlichen Gremien usw. aufkommt. Ich werde versuchen, im Abschnitt 5 einige solcher Maximen in Form von Folgerungen aus den bisherigen kirchlichen sozial- und entwicklungspolitischen Debatten als Postulate im Blick auf den Weltsozialgipfel zur Diskussion zu stellen.

3.3 Kriterien ethischer Orientierung

Auch eine Ethik, die sich als nicht-autoritären Beitrag zum Diskurs über sittliche Orientierung versteht, kommt um die Frage, welche Normen, Kriterien oder Leitbilder (zweite Ebene der Normativität) zu gelten haben, nicht herum. Wenn auch die Verbindlichkeit solcher Normativität immer Kommunikation, Einigung, Annahme voraussetzt und sich erst im Vollzug konkretisiert, können aus der religiösen und philosophischen Menschheitsgeschichte, aus der biblischen Überlieferung und dem kulturellen Gedächtnis, Geltungsansprüche einer humanen Gesellschaft als Propositionen formuliert werden. Es bleibt die besondere Art der Normativität zu beachten: bei solch allgemeinen Werten und Normen handelt es sich um Ziel-Normativität und nicht schon um unmittelbar praktische Handlungsmaximen. Sie können noch nicht daran gemessen werden, wie weit sie unmittelbar „operational“ werden können. Bei der folgenden Aufzählung solcher normativer Leitbegriffe greife ich implizit, also ohne einen detaillierten Nachweis, auf die kirchlichen Beiträge zurück, die besonders im Bereich der Oekumene, der EKD und der Schweizer Kirchen in den letzten Jahren zu internationalen Entwicklungsfragen publiziert wurden²; parallel dazu sind auch die Verlautbarungen zur Arbeitslosigkeit und zur neuen Armut zu bedenken. Unter Aufnahme der oben (3., Einleitung) genannten grundlegenden normativen Voraussetzungen mache ich folgende regulativen Gesichtspunkte geltend:

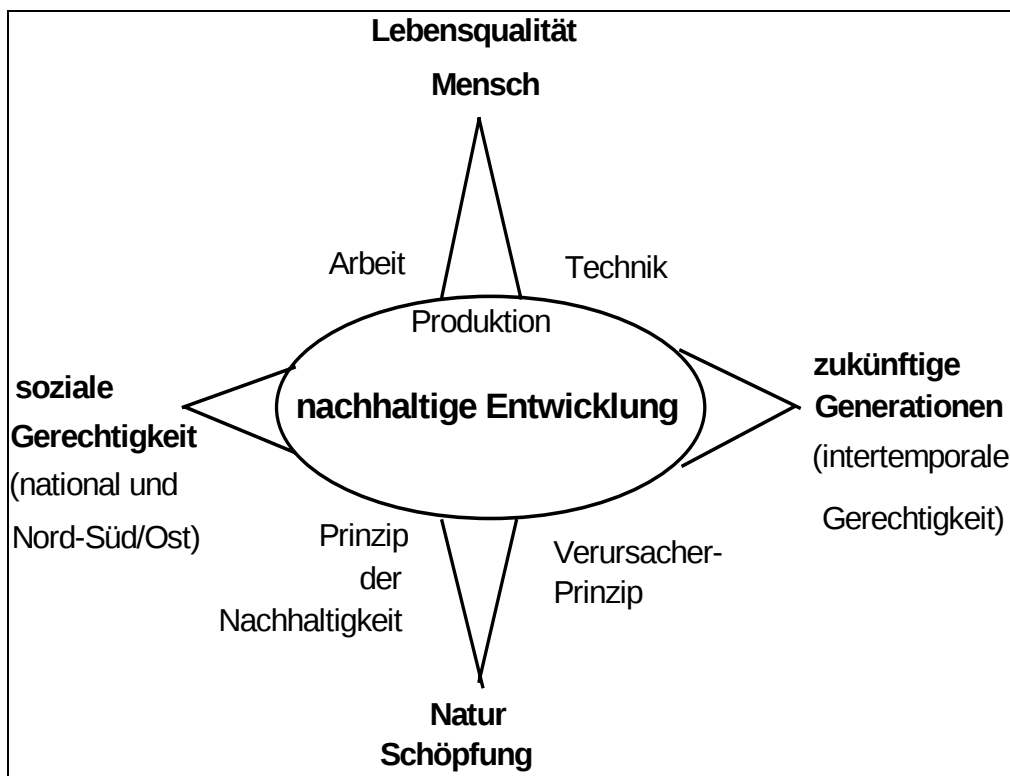
- **Geschöpflichkeit und Mitgeschöpflichkeit:** Kein Mensch verdankt sie sich selbst; nicht das Individuum ist die Mitte und das Ziel der ethischen Reflexion, sondern der andere, die Umwelt als Mitgeschöpflichkeit.
- **Freiheit** als Freiheit zur Entscheidung und zu Handlungen zeichnet den Menschen aus und ist gleichzeitig die Grundlage von Verantwortung wie Aufgabe und Anspruch zur Entfaltung in der Gesellschaft; Freiheit meint immer Anforderung an mich (uns) zur Gewährleistung der Freiheit anderer bzw. der Anerkennung der gleichen Freiheit für alle.
- **Gerechtigkeit** als Ausdruck ontologischer Gleichheit ist einerseits der berechnete Kampfruf jener, die benachteiligt sind, und andererseits Verpflichtung der Privilegierten; sie ist kein mathematisch genaues Maß, aber sie gibt genau die Zielrichtung des Handelns an; sie zielt nicht auf „Nivellierung“, sondern auf Besserstellung der Benachteiligten.

²

Ich verweise dazu auf meinen Beitrag „Die entwicklungspolitische Zusammenarbeit - ein ethisches Problem?“, in: F. Heidhues (Hg.), Die Bundesrepublik Deutschland und die Dritte Welt, Kiel 1992, 133-176.

- **Partizipation** als die aktive und die passive Teilhabe am kulturellen, sozialen und ökonomischen Leben; die Norm der Partizipation ist eine Anforderung an die lokale wie regionale und globale Gesellschaft; sie wendet sich gegen Marginalisierung und Ausgrenzung in allen sozialen Dimensionen und drängt auf Beteiligung, auf Demokratisierung in allen Lebensbereichen, vor allem in Kultur, Wirtschaft und Politik.
- **Entwicklung** ist ein normativer Begriff und meint die Verbesserung der Lebensverhältnisse, gewissermaßen als Dynamisierung des statischen Anspruchs auf ein minimales Auskommen; dies schließt also die Anteilhabe an der künftigen Orientierung der Gesellschaft und ihren Früchten ein, und zwar nicht nur in ökonomischer Hinsicht (Wachstum), sondern auch bezüglich der sozialen, kulturellen und politischen Dimension und unter Respektierung der Ansprüche der Natur und der künftigen Generationen (d.h. als nachhaltige Entwicklung).
- **Solidarität** fasst die Leitnormen von Freiheit und Gerechtigkeit, Partizipation und Entwicklung gewissermaßen in die Gegebenheit der Mitgeschöpflichkeit zusammen und verweist auf das notwendige Miteinander-Sein und Aufeinander-Angewiesen-Sein. Theologisch nährt sie sich von der Solidarität Gottes als der verlässlichen Zuwendung zu den Menschen als verpflichtende „solide“ Beziehung. In entwicklungspolitischer Perspektive möchte ich diese Kriterien in die Aussage zusammenfassen, die einen zustimmungsfähigen Geltungsanspruch festhält: **Jeder Mensch hat Anspruch auf ein menschenwürdiges Leben, auf das grundsätzlich gleiche Maß an für alle möglicher Freiheit, Gerechtigkeit, Partizipation und Entwicklung.**

Normative Bezüge der „Nachhaltigen Entwicklung“



4. Blick auf den Weltsozialgipfel

Nach zwei längeren Sitzungen des „Prepcom“, des Vorbereitungskomitees, zeichnet sich allmählich ab, auf welche Ergebnisse der Sozialgipfel hinsteuert. Es liegen in zweiter Fassung zwei Texte vor, die am Gipfeltreffen in Kopenhagen von den Staats- und Regierungschefs verabschiedet werden sollen:

- der Entwurf einer „**Erklärung**“ (Draft Declaration)
- der Entwurf eines **Aktionsprogramms** (Draft Programme of Action)

Beide Texte liegen vor in der englischen Fassung vom 22. November für die dritte Session des Prepcom vom 16.-27. Januar 1994, wo nochmals im Detail über sie verhandelt wird - vermutlich ohne daß noch grundlegende Veränderungen vorgenommen werden (bzw. eingebracht werden können).

Wie ich in der Einleitung angemerkt habe, ergibt sich bei der Lektüre beider Dokumente der Eindruck einer Überfülle der behandelten Probleme und Aspekte, und es fällt schwer, vor lauter prioritären Herausforderungen die wichtigsten Prioritäten zu sehen. Die Entwürfe sind offensichtlich bestimmt von jenem holistischen Approach, den ich erwähnte und an sich begrüße; aber sie sind nicht unbedingt in systematischer Zusammenschau entstanden, sondern wohl eher „additiv“, sodass scheinbar jedes neue Anliegen den bereits in früheren Entwürfen enthaltenen Punkten hinzugefügt wurde. Denn für die Konferenz wird zählen, daß sich möglichst viele Länder mit ihren Anliegen im Text wiederfinden.

4.1 Die Erklärung

Der Aufbau der Deklaration (14 Seiten) ist bemerkenswert, und er erinnert mich - wie übrigens auch die Sprache und die unscharfe Trennung von Wunsch und Wirklichkeit - eher an ökumenische als an profan-diplomatische Dokumente. Ich gebe nur eine kurze Übersicht:

Kurze **Einleitung**. Sie bringt das hehre Bewußtsein zum Ausdruck, daß zum erstenmal in der Geschichte die Staats- und Regierungschefs der sozialen, also der menschenzentrierten Entwicklung die höchste Priorität einräumen.

I.A. Aktuelle Situation und Gründe für den Weltgipfel. Eine schlaglichtartige Situationsbeschreibung stellt die weltweit wichtigen sozialen Probleme heraus, namentlich in Bezug auf die zweite und dritte, aber auch auf die erste Welt: Arbeitslosigkeit, Migration, Drogenproblem, neue Armut.

I.B. Prinzipien und Ziele. Dieser Teil enthält eine eigentlich ethisch-normative und deskriptive Auslegeordnung. Auffällig ist die - fast ein wenig zu aufdringliche, allein die Bedeutung der obersten Staatslenker so betonende - Beschwörung der **Verpflichtungen**. „Wir, die Staats- und Regierungschefs, haben die Verpflichtung **für eine politische, ethische und spirituelle (geistige) Vision der sozialen Entwicklung, gründend auf der menschlichen Würde, der Gleichheit, der Achtung, der gegenseitigen Verantwortung und der Zusammenarbeit**“ [19].

Selbstverständlich kann niemand etwas dagegen haben, daß die Staats- und Regierungschefs solche Verpflichtungen bezeugen; Frage ist nur, ob und wie man sich (und wer sich) im Konfliktfall darauf berufen kann. Darin würde ihre Bedeutung, allenfalls Wirkung liegen. Diese werthaltigen Begriffe, Normen und Anforderungen sind aber vorerst nur abstrakte Bekenntnisse auf einem hohen Niveau der Normativität, denen kaum präzise praktische Forderungen im Sinne der Maximen folgen. Außerdem sind sie eben nicht vom Standpunkt jener aus formuliert, deren Anrechte und Ansprüche durch die bisherige Entwicklung verletzt und vernachlässigt worden sind, sondern als Programm der Mächtigen, also jener, die schon bis anhin die Position innehatten, von der aus solche Verpflichtungen in konkrete Politik hätten umgesetzt werden können. Die Befürchtung, daß bei aller eindrucklichen Formulierung gerade dies als verbal-ethischer, quasi international abgesegneter Schutzschild gegen konkrete Forderungen „von unten“ genutzt werden könnte, ist nicht leicht von der Hand zu weisen. Vor allem, wenn in der Folge dieser generellen Verpflichtung fast alle politischen Verantwortlichkeiten und Ziele aufgelistet werden, die man sich mit Bezug auf die soziale Entwicklung, also gerade auf eine Entwicklung, wie sie von den Kirchen schon seit langem postuliert wurde, denken kann.

- II. **Verpflichtungen.** In einer - für mich im Rahmen eines UN-Konferenzdokumentes völlig neuen Form - wird in diesem Kapitel der Erklärung die feierliche Grundverpflichtung aufgrund der erwähnten „Vision“ in 9 einzelnen Verpflichtungen entfaltet, die insgesamt auf „soziale Gerechtigkeit, Harmonie und Gleichheit zielen“, jedoch „in voller Anerkennung nationaler Souveränität und entwicklungspolitischer Zielsetzungen sowie religiöser und kultureller Diversität“ [22]. Die Verpflichtungen beinhalten, knapp zusammengefaßt, die Ziele: die Armut möglichst zu beseitigen; für ausreichende Beschäftigung zu sorgen; und die Partizipation aller sowie die soziale Integration zu fördern.

4.2 Das Aktionsprogramm

Das Aktionsprogramm ist mit 40 Seiten wesentlich umfangreicher als die Erklärung. Aber auch in diesem Dokument überwiegen allgemeine Zielsetzungen und verbale Programmatik vor der Festlegung bestimmter Maßnahmen oder 'Aktionen'. Wie die tausend vordringlichen Absichten in die Tat umgesetzt werden sollen, womöglich alle gleichzeitig; wie ein solch umfassendes Programm von den Regierungen und Verwaltungen der einzelnen Länder - und dazu noch von sog. schwach strukturierten Staaten in der dritten und zweiten Welt - realisiert werden könne; welche finanzielle, aber auch politische und administrative Kosten mit dieser Umsetzung verbunden seien, darüber erfährt man in der Tat wenig.

Ich vermute nach der Lektüre, daß kaum eine entwicklungs- oder sozialpolitische Forderung, welche die Kirchen in den letzten zwei Jahrzehnten erhoben haben, in diesem Plan nicht angesprochen ist; ich erwähne nur einige:

- Erhöhung der öffentlichen Entwicklungshilfe auf 0,7% des Bruttosozialprodukts;
- Förderung Entschuldung; simple Schuldenstreichung für Afrika;
- Priorität für die Befriedigung der Grundbedürfnisse;
- Priorität der Förderung der Frauen („Empowerment“);
- Reduktion der Militärausgaben und kritische Beschränkung des Waffenhandels;

- Konzentration der öffentlichen Entwicklungshilfe auf die soziale Entwicklung (quantifiziertes Ziel: 20% für direkte menschliche Entwicklung);
- usf.

Ich will all diese Vorhaben nicht kritisieren, weder in der Summe noch im einzelnen. Nur fürchte ich, daß eine solch komplexe und umfassende Ansammlung - hier drängt sich das Bild auf: wo man vor lauter Bäumen den Wald nicht mehr sieht - den Anstoß zur Verwirklichung (nicht nur der Rede darüber) eher erlahmen läßt, als daß er verstärkt würde.

Um so wichtiger ist es für die Vermittlung dessen, was in Kopenhagen geschehen wird, an die entwicklungspolitisch engagierten und zu engagierenden Menschen in unseren Kirchen und Gesellschaften, das Hauptziel des Sozialgipfels, das Ganze, um das es geht, hervorzuheben, auch wenn es „nur“ konzeptionell ist: Die binnen- und die weltwirtschaftliche Entwicklung in Süd und Nord soll weniger ökonomistisch, mehr sozial und partizipativ gemacht werden!

Die soziale Dimension muss in allen Entwicklungsbeziehungen gestärkt werden. Diese „Policy“-Perspektive haben auch die symbolischen Formulierungen vom Sozialpakt oder von der Sozialklausel (vgl. dazu den Beitrag „Die soziale Marktwirtschaft braucht internationale Sozialklauseln“ meines Kollegen Christoph Stückelberger am Workshop APRODEV/CIDSE/EECOD 1.-2.12.1994 in Brüssel) und der 20/20-Formel in ihrem technisch-ökonomisch noch nicht verengten, grundsätzlichen und offenen Sinn. Die sozialen Tendenzen generell zu unterstützen haben die Kirchen aus der Tradition ihrer eigenen entwicklungspolitischen Konzeptsdokumente allen Anlaß.

5. Folgerungen für ein Engagement der Kirchen

In Hinblick auf die Diskussionen in den entwicklungspolitischen Gremien und Studiengruppen der Kirchen versuche ich in diesem Schlussabschnitt, in knappen Stichworten zusammenzustellen, was mir aus der Perspektive kirchlicher Sozialethik in den Vorbereitungsdokumenten zum Weltsozialgipfel besonders begrüßenswert scheint, wo ein Akzent stärker gesetzt werden sollte und welche Elemente allenfalls noch zu berücksichtigen wären. Dabei muß man sich allerdings bewußt sein, daß der Vorbereitungsprozess auf den staatlich-diplomatischen Kanälen in Kürze abgeschlossen und daß es im Hinblick auf die dritte Prepcom-Sitzung von Mitte Januar kaum mehr möglich sein wird, grundsätzliche Umwertungen anzuregen oder gänzlich neue Postulate einzubringen. Die thematische Auseinandersetzung mit dem Weltgipfel kann im heutigen Zeitpunkt nicht mehr zum Ziel haben, Einfluß auf dessen Verlauf und Ergebnis zu bekommen; möglich und sinnvoll ist es aber nach wie vor, das Kopenhagener Gipfeltreffen zum Anlaß zu nehmen, fundamentale Anliegen kirchlicher Entwicklungsarbeit in der Öffentlichkeit erneut zur Sprache zu bringen und damit gleichzeitig dem bevorstehenden Geschehen am Weltgipfel in Kirchen, Politik und Wirtschaft öffentlich Resonanz zu verschaffen; denn die Bedeutung der Beschlüsse des Sozialgipfels und die dort einzugehenden Verpflichtungen der Staats- und Regierungschefs werden um so mehr Gewicht für die künftige Entwicklungspolitik bekommen, je mehr öffentliche Aufmerksamkeit dem Anlaß nicht zuletzt in unseren Medien geschenkt wird.

- Ein starkes, unbedingt förderungswürdiges Element der Postulate für Kopenhagen ist die erneuerte **qualitative Ausrichtung des Entwicklungsbegriffs** über dessen

ökonomische Reduktion hinaus auf die **soziale Dimension**. Sie ist Ausdruck einer sozial-ethisch begründeten Indienststellung der Wirtschaft (die eben nicht als ein Selbstregelungs- und Selbstzweck-System missverstanden werden darf), einer Wirtschaft als Veranstaltung **für** die Menschen, zur Deckung des menschlichen Bedarfs - und zwar vorrangig jener Menschen, die im alltäglichen Wirtschaftsgeschehen zu kurz kommen. Die Anerkennung der sozialen Entwicklung als einer Leitnorm bedingt einen breiten Bewusstseinswandel, namentlich in Politik und Wirtschaft; die Auseinandersetzung mit dem Weltsozialgipfel kann dazu beitragen.

- Eine andere qualitative Dimension der Entwicklung kommt meines Erachtens in den vorbereiteten Schlusssdokumenten eindeutig zu kurz: die ökologische und ihre Vermittlung mit der ökonomischen und der sozialen Entwicklung zum komplexen Konzept der „**nachhaltigen Entwicklung**“; ohne Rücksicht auf die Natur, ohne Verbindung mit der ökonomischen und ökologischen Zielsetzung wird es auch nicht gelingen, die soziale Entwicklung für die Zukunft stark zu machen.
- Eine Stärkung verdienen alle Entwicklungsanstrengungen, die ökonomische, soziale und nachhaltige Entwicklung verbinden und das Konzept einer **öko-sozial geordneten Marktwirtschaft** verfolgen, das **politische Partizipation** auch auf globaler Ebene und Demokratisierung einschließt.
- Im Rahmen der grundsätzlichen und sehr weit abgesteckten Verpflichtungen, welche die Staats- und Regierungschefs eingehen wollen, und mit Bezug auf die Fülle von Wünschen, programmatischen Aussagen und Absichten rein 'moralischer' Art (also ohne hinreichende Vermittlung des Normativen mit dem Faktischen) muß das kirchliche Engagement die Tugend der Beschränkung auf wenige konkrete Gesichtspunkte üben und entsprechend Schwerpunkte setzen.
- Die vieldiskutierte „**20/20-Initiative**“ ist ein Symbol für das Gebot einer qualitativen Steigerung der Entwicklungsleistungen, und zwar sowohl der öffentlichen Entwicklungshilfe des Nordens (20% Anteil für soziale Entwicklung) als auch der Entwicklungsmittel im Haushalt der südlichen Länder; mir scheint es zentral, auf dieses qualitative Ziel aufmerksam zu machen, sich nicht unflexibel an der quantitativen Fixierung und den sich dabei ergebenden Mess- und Abgrenzungsproblemen festzubeissen.
- Eine Verbindung von ökonomischen und sozialen Zielen verfolgt seit langem die älteste der UNO angeschlossene Sonderorganisation: die **Internationale Arbeitsorganisation** (IAO, engl. ILO). Als einzige UNO-Körperschaft ist sie auch über den Regierungsbereich hinaus partizipatorisch strukturiert, indem alle Länderdelegationen paritätisch Vertreter der Sozialpartner umfassen. Zur Stärkung der sozialen Dimension der weltweiten Entwicklung verdient die ILO in erster Linie die Unterstützung kirchlicher Entwicklungsarbeit; die Anerkennung und Förderung der ILO-Arbeit sollte im Schlusssdokument des Sozialgipfels stärker zum Zuge kommen; Ziel wäre dabei eine breitere Beteiligung der Entwicklungsländer an den **ILO-Übereinkommen** und Kontrollmechanismen zur Einhaltung von sozialen Minimalstandards für ArbeitnehmerInnen.
- Die in der Praxis noch zögerliche Berücksichtigung der sozialen Ausrichtung der Entwicklungspolitik in den Anpassungsprogrammen von **Weltbank** und **Währungsfonds** - obwohl in deren Theorie das Anliegen nun Anerkennung gefunden hat - muß entschiedener werden; konstruktive kritische Beobachtung und Verpflichtung der Bretton Woods-Institutionen auf ihre soziale Zielsetzung sind darum vordringlich.
- Meine letzte Forderung im institutionellen Bereich - *dieser* gerade darf aus sozial-ethischer, d.h. immer auch sozio-struktureller Sicht nicht vernachlässigt werden - betrifft die unbedingt notwendige **Stärkung des ECOSOC**, des Wirtschafts- und

Sozialrates der UNO, dem die konsequente Nacharbeit und die Umsetzung der Beschlüsse von Kopenhagen im Wesentlichen obliegen wird. Ohne institutionalisierte Kontrolle und ohne verbindliche Gespräche zwischen den Regierungen über die Einhaltung der einzugehenden Verpflichtungen wird der Gipfel, so eindrucklich die Schlusserklärung formuliert sein mag, in der Praxis für die benachteiligten Menschen wenig ändern.

- Einer der wichtigsten „Konkurrenten“ der sozialen (wie der nachhaltigen) Entwicklung ist das militärische Sicherheits-, nur zu oft auch Machtstreben vieler Länder im Süden und anderswo. Die Militärausgaben absorbieren Mittel, die für produktive soziale Entwicklung eingesetzt werden könnten; und der internationale Handel mit Rüstungsgütern - in Ost und West im Zeichen des Wirtschaftswachstums und der Erhaltung von Arbeitsplätzen eher wieder stärker gefördert - ist in sozialer Hinsicht absolut ineffizient. Wünschbar wäre deshalb eine verbindlichere Verpflichtung aller Staaten zur **Reduktion der Militärausgaben** und zu wirksamer **Beschränkung der Waffenexporte**. Beide Ziele sind realistischerweise - weil der einzelne Staat in einer gewissen Gefangen-Dilemma-Situation operiert - nur durch internationale Absprache und Kooperation effektiv zu erreichen. Einmal mehr sind unsere Regierungen mahnend an diese alten kirchlichen Postulate zu erinnern.
- Aus entwicklungspolitischer Sicht konzentriert sich das Interesse am Weltsozialgipfel auf die ersten beiden Stichworte der Konferenz: auf **die Beseitigung von Armut** und auf die **Überwindung der Arbeitslosigkeit**; das dritte Stichwort, die **soziale Integration** ist indessen vor allem für die Innenpolitik der Staaten nicht weniger bedeutend, auch wenn sich hier weniger Anhaltspunkte für eine direkte internationale Kooperation anbieten. Das Konzept der sozialen Integration, das Marginalisierung und Ausgrenzung (Exklusion) überwinden will, kann freilich auch einen zu engen, 'umklammernden' Sinn bekommen. Ein bedenklich enger Approach findet sich im Entwurf der Schlussdokumente im Zusammenhang mit der **Drogenpolitik**, wo als einziges mögliches Ziel die Drogenabstinenz offen gehalten wird, als einzige politische Strategie die Repression, und wo die soziale Integration als Option staatlichen Handelns nur für jene Menschen gesehen wird, die sich von den Drogen befreit haben. Mit Bezug auf die voran diskutierten unterschiedlichen Niveaus von Normativität bei der ethischen - und politischen - Urteilsfindung ist hier die Vermittlung mit der Lebenswirklichkeit, der Faktizität in unzureichendem Masse geleistet; die resultierende normative Orientierung bekommt dadurch gerade für die am schlechtesten gestellten Drogenabhängigen einen totalitären Zug.

Zum Abschluß will ich anmerken, daß **die Kirchen und kirchliche Entwicklungsinstitutionen** auch im Zusammenhang mit dem Weltsozialgipfel gehalten sind, nicht nur Postulate und Forderungen an die Adresse der Regierungen und der UNO-Organisationen zu reflektieren; sondern im Sinne der Glaubwürdigkeit und **Selbstverpflichtung** auch - und in erster Linie - das eigene Handeln und Verhalten zu befragen und sie unter dieselben Verpflichtungen zu stellen, von denen man möchte, daß ihnen die anderen Rechnung tragen. Auch in dieser Beziehung ist die von der Liebe für die Schwachen geleitete „**Goldene Regel**“ eine gute ethische Richtschnur: „Alles nun, was ihr wollt, daß es euch die Menschen tun, das sollt auch ihr ihnen tun; denn darin besteht das Gesetz und die Propheten“ (Mt 7, 12).